



04.03.2026 - 10:55 Uhr

Postulatsbeantwortung zur Stärkung der Altersmedizin verabschiedet

Vaduz (ots) -

Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom Dienstag, 3. März 2026, die Postulatsbeantwortung zur Stärkung der Zusammenarbeit im Bereich der Altersmedizin zu Händen des Landtags verabschiedet.

Der Vorstoss vom Oktober letzten Jahres verlangte eine Prüfung, wie die Kooperation zwischen dem Liechtensteinischen Landesspital (LLS), der Liechtensteinischen Alters und Krankenhilfe (LAK), der Familienhilfe Liechtenstein (FHL) sowie weiteren relevanten Akteuren vertieft und strukturell verankert werden kann. Die Analyse zeigt, dass in Liechtenstein bereits heute ein breit abgestütztes und funktionierendes Netzwerk in der Altersmedizin besteht, das eine hochwertige Versorgung älterer Menschen sicherstellt.

Gleichzeitig wurden gezielte Weiterentwicklungsmöglichkeiten identifiziert. Im Zentrum stehen die Institutionalisierung des Informationsaustauschs zwischen den Akteuren, die Optimierung zentraler Schnittstellen - insbesondere bei ungeplanten Eintritten und Pflegenotfällen - sowie der Aufbau flexibel einsetzbarer sogenannter Floating Beds, um kurzfristige Versorgungslücken zu überbrücken. Zur strukturellen Stärkung der Zusammenarbeit sind künftig regelmässige strategische und operative Austauschformate vorgesehen. Darüber hinaus wird ein interprofessioneller Qualitätszirkel geschaffen, der bestehende Kooperationen festigt und praxisnahe Verbesserungen unterstützt. Im stationären Bereich hält die Regierung fest, dass die medizinische Gesamtverantwortung weiterhin bei den Hausärztinnen und Hausärzten liegt. Gleichzeitig zeigt sich insbesondere in der Gerontopsychiatrie ein zusätzlicher Bedarf an fachärztlicher Expertise. Eine institutionsübergreifend eingesetzte Fachperson könnte die Versorgungsqualität gezielt stärken und die Hausärztinnen und Hausärzte bei komplexen Fragestellungen wirkungsvoll unterstützen.

Die Ergebnisse der Prüfung stehen im Einklang mit den Zielsetzungen der Altersstrategie des Landes. Eine schrittweise Weiterentwicklung integrierter Versorgungsmodelle ermöglicht es, die Herausforderungen des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels wirksam anzugehen. Gleichzeitig betont die Regierung, dass integrierte Versorgung kein Selbstläufer ist und klare Verantwortlichkeiten, geeignete Strukturen sowie digitale Unterstützung voraussetzt

Pressekontakt:

Ministerium für Gesellschaft und Justiz
Michael Winkler
Generalsekretär
T +423 236 60 94
michael.winkler@regierung.li

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100938777> abgerufen werden.